

Die Keynes'sche Revolution, Teil I

- 1. Vorbemerkung**
- 2. Ein einfaches Grundmodell: das I-S-Schema**
- 3. Ein alternatives Gütermarktmodell**
- 4. Die Multiplikatortheorie**
- 5. Nominale versus reale Betrachtung**
- 6. Der Verlauf der Kurve der Durchschnittskosten**
- 7. Die Beschäftigungsfunktion**
- 8. Die wirtschaftliche Aktivität des Staates**
- 9. Deficit spending, deficit without spending, spending without deficit**
- 10. Die Berücksichtigung der Außenwirtschaft**
- 11. Die Inflationslücke**
- 12. Die These der säkularen Stagnation (Alvin Hansen)**

1. Vorbemerkung

Wirtschaftswissenschaftliche Lehrmeinungen folgen einem Muster, das Konjunkturwellen oder auch Modeerscheinungen gleicht. Es gab Zeiten – z. B. die ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts –, in denen der größte Teil der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle Deutschlands von Vertretern der historischen Schule besetzt war. In anderen Zeiten – z. B. in den beiden dem zweiten Weltkrieg folgenden Jahrzehnten waren es vor allem Anhänger der Keynes-Lehre, welche den größten Teil der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle Deutschlands und auch der angelsächsischen Welt besetzten. Seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts schlug das Pendel zugunsten der angebotsorientierten Wirtschaftswissenschaftler aus. Es spricht manches dafür, dass der Keynesianismus heute erneut an Boden gewinnt.

Was machte die Faszination der Keynes'schen Lehre aus? Sicherlich trug die Einfachheit des Systems wesentlich zu dem Reiz bei, dem der größte Teil der Wirtschaftswissenschaftler verfiel. Einfach waren die Konzepte der Analyse makroökonomischer Probleme: Die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Problemgrößen wie Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwächen, Inflation und Defizite in der Zahlungsbilanz konnten mit Hilfe weniger Bestimmungsfaktoren – vor allem mit den Schwankungen in der Investitions- und Konsumnachfrage – erklärt werden.

Einfach waren aber auch die Konzepte der wirtschaftspolitischen Empfehlungen: Wenn die Nachfrage der privaten Haushalte und Unternehmungen nicht ausreicht, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, dann sollte eben der Staat einspringen und über Budgetdefizite die in der privaten Wirtschaft fehlende Nachfrage ersetzen.

Demgegenüber waren die Aussagen der neoklassischen Theorie sehr viel weniger eindeutig. Der Schwerpunkt der Neoklassik lag ohnehin in der Erklärung mikroökonomischer Problemgrößen. Zwar war es im Rahmen des Walras'schen Systems gelungen, auch die Existenz eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nachzuweisen, aber schon für die Beantwortung der Frage, ob eine Tendenz zum Gleichgewicht nicht nur für einzelne Märkte, sondern für die Gesamtheit aller Märkte nachgewiesen werden kann, bedurfte es sehr komplexer mathematischer, keinesfalls leicht verständlicher Modelle.

Wir wollen in diesem Artikel – etwa 75 Jahre nach Entstehen der Keynes'schen Lehre – dieses Lehrgebäude kritisch darstellen, wobei in einem ersten Teil ein sehr einfaches Modell aufgezeigt wird, das im wesentlichen in einem einzigen Diagramm zusammengefasst werden kann, während in einem zweiten Teil dann das etwas komplexere Keynesianische System zur Sprache kommt, das aus der Auseinandersetzung mit neoklassischen Wissenschaftlern wie Arthur Cecil Pigou und Gottfried von Haberler sowie durch die Vermittlung von John Richard Hicks entstanden ist und allgemein Eingang in die Lehrbücher gefunden hat.

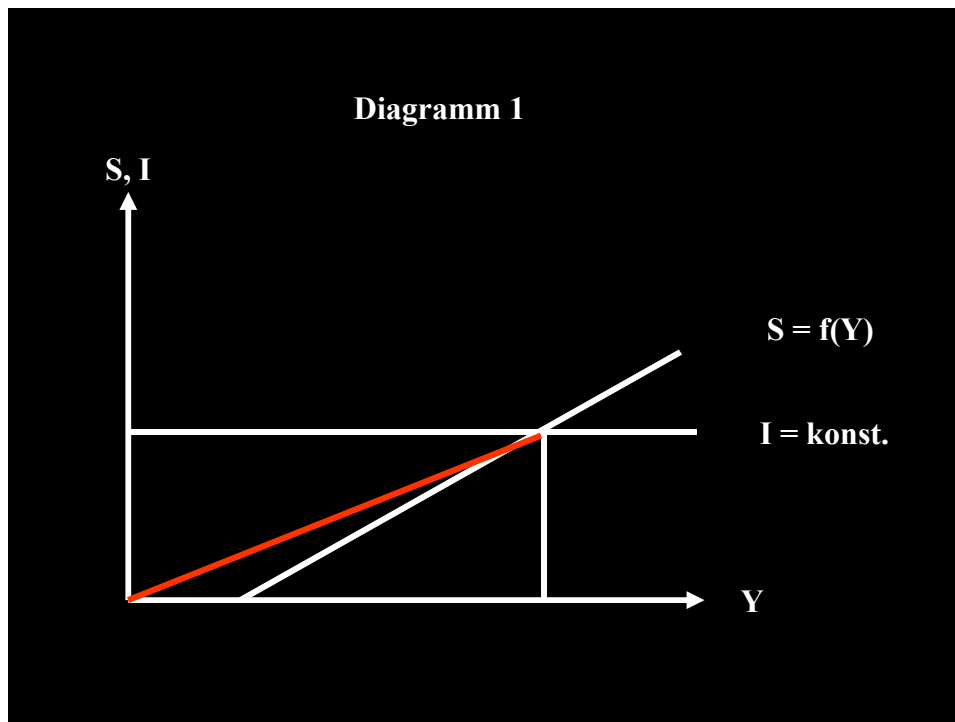
2. Ein einfaches Grundmodell: das I-S-Schema

Die Grundaussagen der Keynes'schen Lehre erwachsen aus der Kritik am Say'schen Theorem. Jean Baptiste Say hatte bezweifelt, dass man gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit auf eine zu geringe

Nachfrage nach Gütern zurückführen könne. Jedes Angebot schaffe sich nämlich seine Nachfrage, eine Erlössteigerung führe zu einer gleichgroßen Steigerung in den Einkommen, entweder als Faktoreinkommen oder als Gewinneinkommen, das der Differenz zwischen Erlös und Kosten stets entspreche. Die Einkommen würden nun entweder für den Ankauf von Konsumgütern verwendet oder gespart. Die Ersparnisse würden schließlich für die Finanzierung von Investitionen verwandt. Damit war nachgewiesen, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in ihrer Höhe immer dem Angebot entspreche und dass deshalb auch nie ein gesamtwirtschaftliches Nachfragedefizit entstehen könne.

John Maynard Keynes hatte diese Aussagen kritisiert. Nicht alle Ersparnisse würden auf dem Kapitalmarkt angeboten, ein Teil würde gehortet; gleichzeitig bestünde in Zeiten der Depression die Gefahr, dass die Nachfrage nach Investitionskrediten zu gering sei, um alle Ersparnisse zu verwenden. Wegen Kapazitätsüberhängen würde auch eine Zinssenkung nicht dazu beitragen, dass die Investitionsnachfrage steige und damit der Angebotsüberhang an Ersparnissen abgebaut werde.

Wir können diese Überlegungen in einem einfachen Diagramm darstellen. Wir tragen auf der Abszisse das Inlandsprodukt und auf der Ordinate die gesamtwirtschaftliche Ersparnis sowie die Summe der Investitionsausgaben ab. Wir tragen in dieses Diagramm erstens die Sparfunktion ein, die angibt, wie die Gesamtersparnis von der Höhe des Inlandsproduktes abhängt.



Die Ersparnis (S) steige automatisch mit dem Einkommen (Y) an, wobei immer ein Teil des Einkommenszuwachses für zusätzliche Konsumausgaben, der Rest für Ersparnisse ausgegeben werde. Entsprechend der Keynes'schen Lehre nehme der Prozentsatz des Einkommens, der für Ersparnisse verwandt werde, mit wachsendem Einkommen zu. Aus Vereinfachungsgründen wollen wir allerdings von einem konstant bleibenden Prozentsatz der Ersparnis vom Einkommen ausgehen. Die Grundaussagen der Keynes'schen Lehre bleiben hiervon unberührt. Ersparnisse fallen allerdings erst ab einem kritischen Einkommen an, da das Einkommen solange, als es noch nicht die existenziellen Bedürfnisse befriedigt, voll für Konsumausgaben verwandt werden müsse.

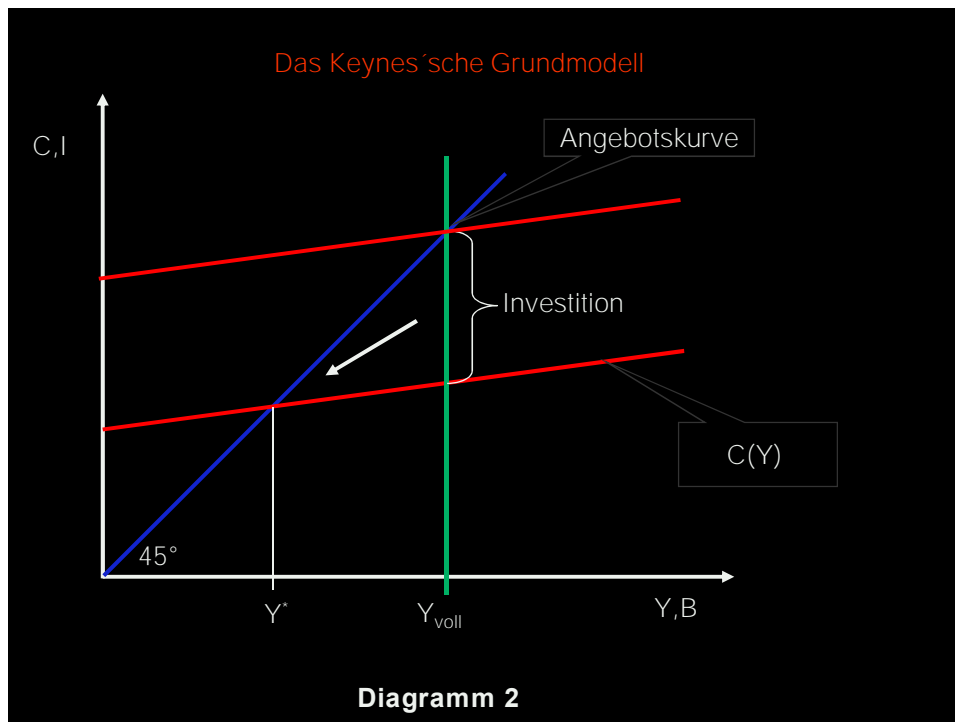
Die Sparneigung, die angibt, wie stark die Ersparnis steigt, wenn das Inlandsprodukt um eine Einheit zunimmt, ist somit kleiner eins und bleibt – in der vereinfachten Darstellung – bei wachsendem Einkommen konstant. Die Sparneigung entspricht in Diagramm 1 dem Winkel, den die Sparlinie mit der Abszisse bildet. (Bei Unterstellung einer mit dem Einkommen ansteigenden Ersparnisneigung nimmt die Sparneigung mit wachsendem Einkommen zu.) Die Sparquote – der jeweilige Prozentsatz der Ersparnis am Inlandsprodukt – nimmt hingegen stets mit wachsendem Einkommen zu, da annahmegemäß die Ersparnis erst bei einem bestimmten Mindesteinkommen beginnt. Die Sparquote wird in Diagramm 1 mit dem Fahrstrahl durch den Ursprung an einen Punkt der Sparlinie gemessen.

Wir tragen in unser Diagramm 1 zweitens die Investitionsfunktion ein. Da unterstellt wird, dass die Investitionsausgaben autonom festgelegt werden und nicht unmittelbar von der Höhe des Inlandsproduktes oder des Zinssatzes abhängen, können wir die Investitionsfunktion als Parallele zur Abszisse in unser Diagramm eintragen, wobei der Abstand dieser Geraden von der Abszisse die Höhe der Investitionsausgaben misst.

Der Schnittpunkt zwischen Investitionsgeraden und Spargeraden markiert die Inlandsprodukthöhe, bei welcher der Kapitalmarkt im Gleichgewicht ist. Dieser Schnittpunkt wird allein von der Investitions- und Sparfunktion bestimmt und ist deshalb unabhängig davon, bei welchem Inlandsprodukt alle Produktionsfaktoren, vor allem auch Arbeit vollbeschäftigt sind. Es gehört zu den Kernaussagen der Keynes'schen Theorie, dass zumindest in Zeiten der Depression der Kapitalmarkt bei einem Inlandsprodukt zum Gleichgewicht kommt, das noch keine Vollbeschäftigung garantiert. Dies ist die These von einem Gleichgewicht (auf den Kapital- und Gütermärkten) bei Unterbeschäftigung.

3. Ein alternatives Gütermarktmodell

Aufgrund tautologischer Zusammenhänge lässt sich dieser Zusammenhang auch von der Gütermarktseite aus beleuchten. Wir tragen hierzu in einem Diagramm 2 auf der Abszisse wiederum die Höhe des Inlandsproduktes, auf der Ordinate hingegen die gesamtwirtschaftliche private Nachfrage ab.



Die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage ergibt sich aus der Summe der Konsumausgaben, welche mit wachsendem Einkommen ansteigen und den von der Inlandsprodukthöhe unabhängigen Investitionsausgaben. Das Güterangebot ist immer identisch mit dem Inlandsprodukt, sodass wir das Güterangebot mit der 45°-Linie durch den Koordinatenursprung wiedergeben können. Der Schnittpunkt der Kurve der Gesamtnachfrage mit der 45°-Linie ergibt dann die Inlandsprodukthöhe, bei welcher der Gütermarkt ins Gleichgewicht kommt.

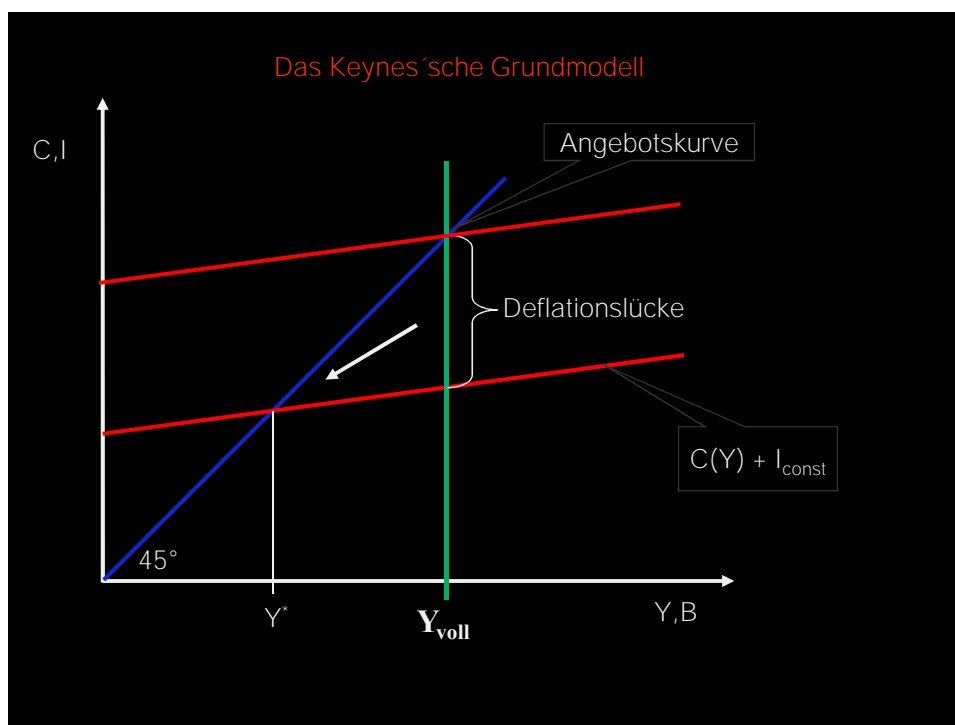
Der tautologische Zusammenhang zum Kapitalmarkt ergibt sich aufgrund folgender Definitionsgleichung: Das Inlandsprodukt lässt sich einmal von der Nachfrageseite her bestimmen, es entspricht dann der Summe aus Konsum- und Investitionsnachfrage, zum andern von der Angebotsseite her ableiten, hier ist das Inlandsprodukt gleich der Summe von Konsumgüter- und Investitionsgüterangebot. Beide Seiten müssen gleich groß sein. Es gilt die Gleichung:

$$C_A + I_A = Y = C_N + I_N$$

Der Sparneigung entspricht hier die Konsumneigung; sie ist stets kleiner eins, bleibt in unserem vereinfachten Modell bei allen Einkommen gleich groß und nimmt in dem erweiterten Modell mit wachsendem Inlandsprodukt ab. Der Sparquote entspricht weiter-

hin die Konsumquote, sie nimmt auch in dem vereinfachten Modell mit wachsendem Inlandsprodukt zu, da auch bei einem Einkommen von null eine Konsumnachfrage in Höhe des Existenzminimums notwendig ist. Auch in dieser Betrachtung gilt, dass der Gütermarkt bei einem Inlandsprodukt ins Gleichgewicht kommt, das keinesfalls immer Vollbeschäftigung garantiert.

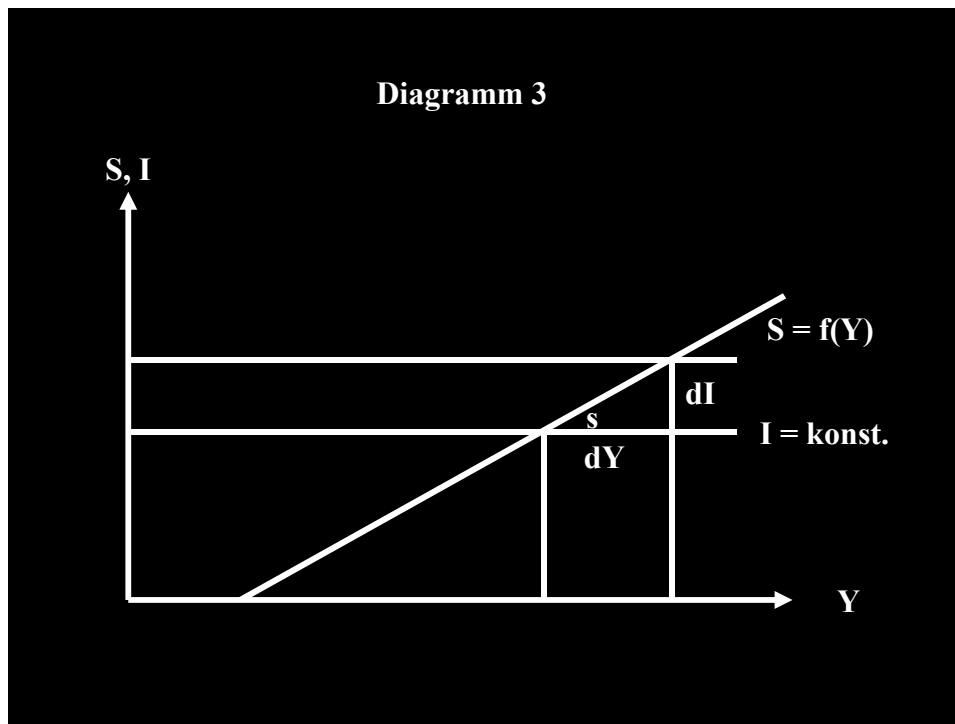
Im Allgemeinen kann auch unterstellt werden, dass dieses Gütermarktgleichgewicht automatisch erreicht wird. Unterstellen wir eine Inlandsprodukthöhe, die über dem Inlandsprodukt bei Gleichgewicht liege. Wie die Graphik zeigt, übersteigt das Angebot die Nachfrage. Die Unternehmer reagieren auf diese Absatzkrise nicht wie in neoklassischen Modellen mit Preissenkungen, sondern unmittelbar mit einer Reduzierung des Angebotes. Damit wird jedoch der Angebotsüberhang abgebaut. Preissenkungen unterbleiben in diesem Modell vor allem deshalb, weil unterstellt wird, dass die Durchschnittskosten bei Rückgang des Angebotes ebenfalls konstant bleiben.



4. Die Multiplikatortheorie

Wenden wir uns wiederum dem Kapitalmarkt zu. Wir können nun aus diesen einfachen Funktionen die Multiplikatortheorie ableiten.

Danach führt eine Steigerung der autonomen Investition zu einem Inlandsproduktanstieg, der ein Vielfaches des Investitionszuwachses beträgt. Der Investitions-Multiplikator, der angibt, um das Wievielfache das Inlandsprodukt ansteigt, wird in diesem einfachen Modell von dem Kehrwert der Sparneigung (s) bestimmt. Machen wir uns diese Zusammenhänge anhand des Diagramms 3 klar:



Der Sinus des Winkels (s), den die Sparfunktion mit der Investitionsgeraden bildet, entspricht ex definitione dem Verhältnis von Gegenkathete (dI) zu Hypotenuse (dY). Folglich entspricht der Multiplikatorwert dem Kehrwert der Sparneigung (s):

$$s = dI/dY \hat{=} dY = dI * (1/s)$$

Der Wert des Multiplikators lässt sich auch im Rahmen einer dynamischen Analyse berechnen. Es wird hierbei unterstellt, dass sich die Konsumausgaben stets um eine Periode verzögert an den Einkommensanstieg anpassen. In der ersten Periode wächst das Inlandsprodukt lediglich um den Wert des Investitionszuwachses: $dY_t = dI_t$. In der nächsten Periode ($t+1$) steigt das Inlandsprodukt weiter an, da die Konsumnachfrage ausgelöst durch den Einkommenszuwachs der Vorperiode ansteigt: $dY_{t+1} = dC_{t+1} = c * dY_t$. Dieser Ein

kommenszuwachs führt wiederum in der nächsten Periode zu einem weiteren Konsumzuwachs und damit auch Einkommenszuwachs. Und so weiter und so fort für die folgenden Perioden.

Wir erhalten auf diese Weise eine unendliche geometrische Reihe von Einkommenssteigerungen mit einem endlichen Wert. Die Summe dieser unendlichen Reihe beträgt nach der Summenformel: $\text{Summe} = a/(1-r)$ mit dI als a und $c = (1-s)$ als r :

$$dE_{\text{gesamt}} = c \cdot dI + c \cdot (c \cdot dI) \dots c \cdot (c \cdot dI)^n = dI \cdot (1/s)$$

5. Nominale versus reale Betrachtung

Die Variablen des Modells: das Inlandsprodukt (Y), die Sparsumme (S) und die Investitionsausgaben (I) sind zunächst einmal nominelle Größen. Allerdings soll dieses Modell dazu dienen, nachzuweisen, dass die Marktkräfte nicht von selbst zu Vollbeschäftigung führen, dass also auf den Güter- und Kapitalmärkten bereits ein Gleichgewicht erreicht ist, bei dem noch nicht alle Arbeitskräfte eine Beschäftigung gefunden haben. Das Inlandsprodukt steht also als Indikator für den Beschäftigungsgrad.

Das Inlandsprodukt kann allerdings diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn das reale Inlandsprodukt zur Betrachtung herangezogen wird. Ein Zuwachs im Inlandsprodukt kann nur dann zu Beschäftigungssteigerungen führen, wenn die Produktionsmenge, das heißt das reale Inlandsprodukt angestiegen ist. Eine Inlandsproduktsteigerung, die lediglich dadurch zustande kommt, dass die Güterpreise gestiegen sind, reicht nicht aus, um positive Beschäftigungseffekte hervorzurufen.

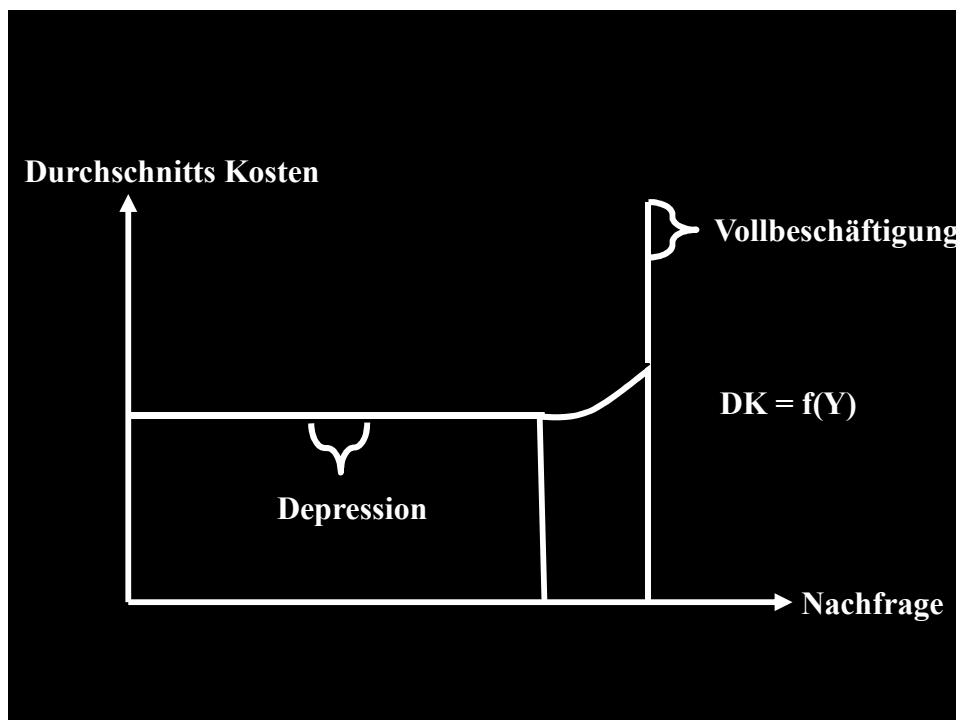
Nun lässt sich das vorgestellte Kapitalmarkt- oder auch Gütermarktmodell sehr leicht in ein Modell transformieren, in dem auf der Abszissenachse das reale Inlandsprodukt und auf der Ordinate die realen Ersparnisse bzw. die realen Investitionsausgaben abgetragen werden. Alle relevanten Größen werden durch das Preisniveau dividiert; wenn stets das gleiche Preisniveau zur Korrektur herangezogen wird, ergeben sich auch gegenüber der nominellen Betrachtung keine wesentlichen Veränderungen.

In den frühen Lehren von Keynes ist allerdings diese Korrektur von geringerer Bedeutung. Keynes unterstellt, dass in Zeiten der Depression die Güterpreise ohnehin starr sind, sodass die nominelle Betrachtung zugleich auch etwas über die Veränderungen im realen Inlandsprodukt aussagt.

6. Der Verlauf der Kurve der Durchschnittskosten

Die Keynes-Lehre geht im allgemeinen von der These aus, dass bei einem Zuwachs der Nachfrage das Preisniveau solange konstant bleibt, als alle zur Produktion benötigten Faktoren noch nicht voll beschäftigt sind. Wenn in einem späteren Zeitpunkt zunächst einzelne Faktoren vollbeschäftigt sind und deshalb knapp werden, steigen mit den Faktorpreisen auch die Güterpreise an, die Mehrnachfrage führt auch hier noch zu einem Zuwachs an Gütern. Erst dann, wenn alle Faktoren vollbeschäftigt sind, vor allem auch die Produktionskapazität voll ausgelastet ist, und die Produktion deshalb auch nicht mehr nennenswert gesteigert werden kann, verpufft ein weiterer Zuwachs in der Nachfrage allein in Preissteigerungen.

Wir können also in einem keynesianischen Modell von folgendem Verlauf der Kostenkurve in Abhängigkeit von der Güternachfrage ausgehen:

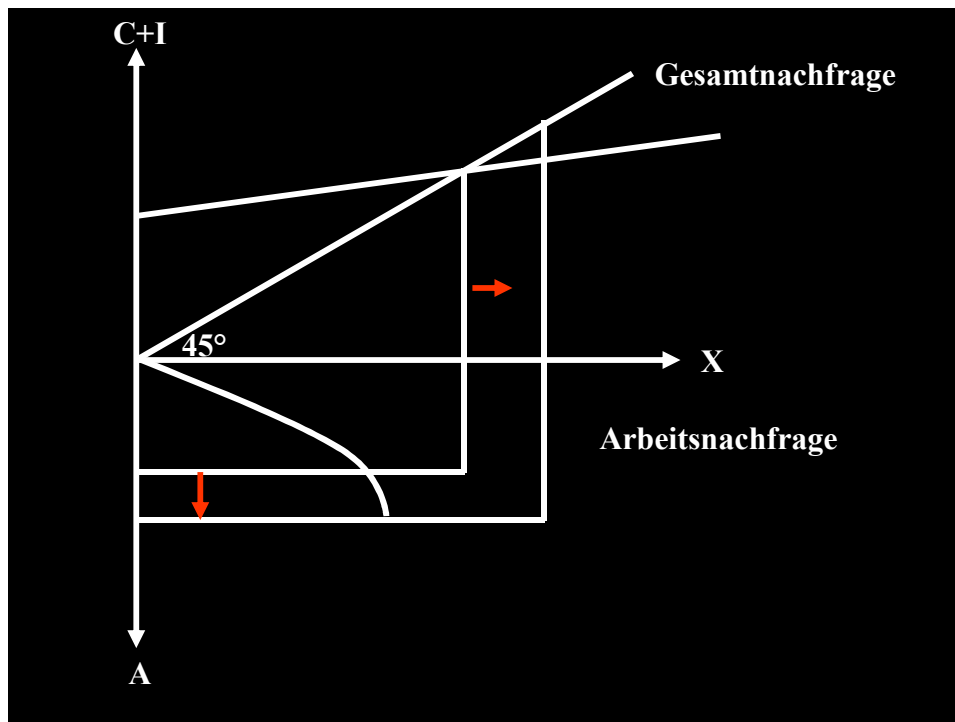


Zunächst bleiben die Durchschnittskosten und mit ihnen auch die Güterpreise konstant, dann steigen die Kosten und Preise aufgrund der Knappheit einzelner Faktoren, bei Vollbeschäftigung aller Faktoren schließlich verpufft jede Nachfragesteigerung voll in Preissteigerungen. Wenn wir also unsere Betrachtung auf die Depressionsphase beschränken, können wir davon ausgehen, dass eine Steigerung der Güternachfrage nicht nur zu einer nominellen, sondern auch zu einer realen Steigerung des Inlandsproduktes führt. Die Unterscheidung zwischen nomineller und realer Betrachtung ist hier von zweitrangiger Bedeutung.

7. Die Beschäftigungsfunktion

Fragen wir uns nun nach den Beziehungen zwischen realem Inlandsprodukt und Beschäftigung von Arbeitskräften. Wenn wir mit der Keynes'schen Theorie davon ausgehen, dass in Zeiten der Depression die Durchschnittskosten bei wachsender Produktion konstant bleiben, unterstellen wir zumeist nicht nur Konstanz der Faktorpreise (Lohnsätze), sondern auch fixe, vorgegebene Arbeitskoeffizienten. Der Arbeitskoeffizient (A/X) gibt hierbei an, wie viel Einheiten des Arbeitsfaktors (A) für eine Produktionseinheit (X), also für eine reale Inlandsprodukteinheit benötigt werden. Wir erhalten auf diese Weise eine recht einfache Beschäftigungsfunktion: $A = (A/X) * X$.

Traditionell wird jedoch davon ausgegangen, dass für den Produktionsfaktor Arbeit das Gesetz vom abnehmenden Grenzprodukt gilt. Dies bedeutet, dass der Arbeitskoeffizient mit wachsender Produktion ansteigt: Für eine zusätzliche Produktionseinheit werden immer mehr Arbeitseinheiten benötigt, bis dann schließlich ab einer bestimmten Ausbringungsmenge wegen Vollausslastung der Kapazität auch ein noch so großer Zuwachs an Arbeitseinheiten zu keiner Mehrproduktion führt. Folgende Graphik zeigt die Zusammenhänge zwischen Produktionsmenge und Arbeitseinsatz auf:#



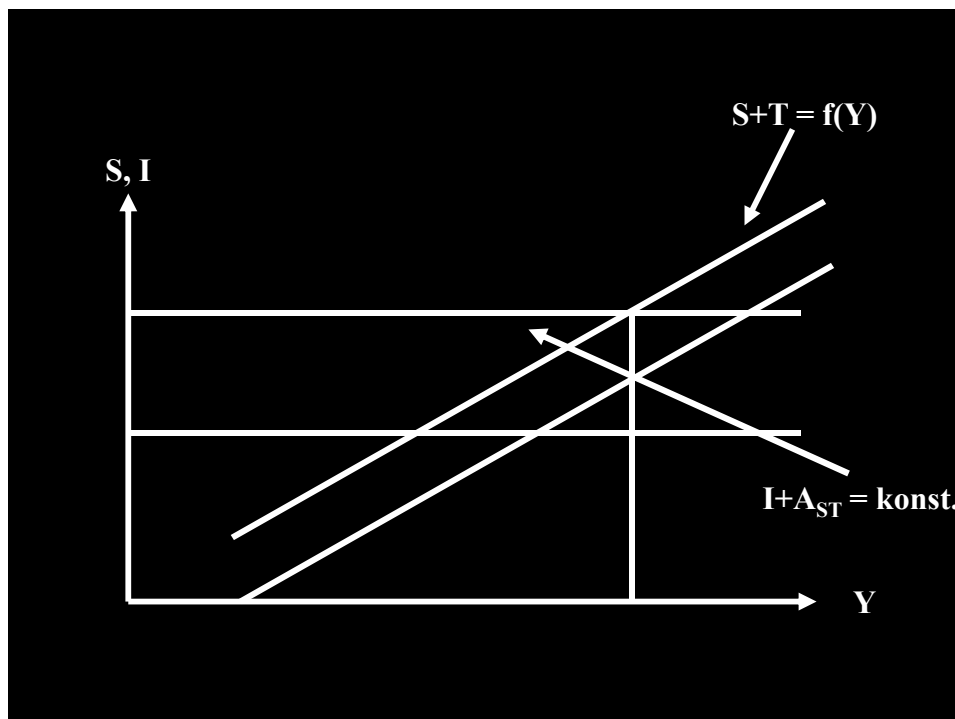
8. Die wirtschaftliche Aktivität des Staates

Wir gingen bei unseren bisherigen Analysen aus Vereinfachungsgründen von einer (geschlossenen) Volkswirtschaft ohne wirtschaftliche Aktivität des Staates aus. Wir müssen diese Annahme nun korrigieren. Es gehört zu den Kernaussagen der keynesianischen Theorie, dass die private Wirtschaft von sich aus nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung zu garantieren und dass es deshalb eines staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft bedarf, um nachträglich Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir müssen also in unserem Modell die wirtschaftliche Aktivität des Staates miteinbeziehen, um aufzeigen zu können, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise es dem Staat gelingt, den Beschäftigungsgrad zu steigern.

Diese Modifikation ist im Grunde einfach zu vollziehen, wir müssen in unserem Diagramm als zusätzliche Nachfrage neben Konsum- und Investitionsnachfrage die des Staates, die Staatsausgaben (A_{ST}) und als zusätzliche Einkommensverwendung neben der Ersparnis die Zahlung von Steuern (T) berücksichtigen. Die Staatsausgaben lassen sich weiterhin in Ausgaben für Güter und Dienstleistungen (A_G) und Transferzahlungen an die Unternehmungen bzw. an die Haushalte (Tr) untergliedern; bei den Steuereinnahmen werden üblicherweise die direkten Einkommens- und Vermögenssteuern sowie die indirekten Steuern (Umsatz- und Verbrauchssteuern) unter-

schieden. Diese Unterscheidungen sind vor allem deshalb notwendig, da von den einzelnen Staatsausgaben oder Steuereinnahmen – wie weiter unten noch zu zeigen sein wird – unterschiedliche Multiplikatorwirkungen ausgehen.

Die Staatsausgaben haben mit den Investitionsausgaben gemeinsam, dass sie in dem Keynes-Modell als autonom, d.h. als von der Höhe des Inlandsproduktes unabhängig gelten. Wir können also die Gesamtnachfrage in zwei Kurven zusammenfassen: in die Konsumnachfrage, die annahmegemäß von der Höhe des Inlandsproduktes abhängt und in die autonomen Ausgaben, zu denen die privaten Investitionen und die Staatsausgaben zählen. Betrachten wir hierzu folgendes Diagramm:



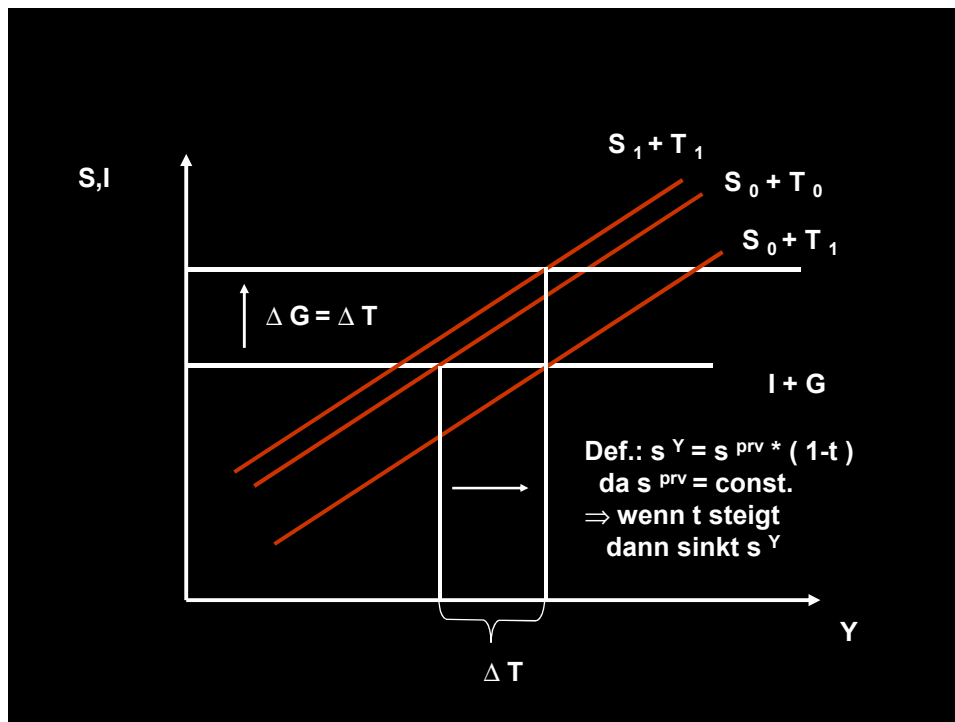
Ersparnis und Steuereinnahmen haben gemeinsam, dass sie Einkommensteile darstellen, die stillgelegt werden und deshalb nicht automatisch zum Ankauf von Gütern und Dienstleistungen verwandt werden. Wir haben der Einfachheit halber unterstellt, dass die Steuereinnahmen in ihrer Höhe vorgegeben sind und nicht von der Einkommenshöhe abhängen; wir erhalten deshalb die Stilllegungskurve dadurch, dass wir die Sparkurve um den Betrag der Steuereinnahmen parallel nach oben verschieben. In der Realität müssen wir allerdings davon ausgehen, dass der Steuerbetrag vor al-

lem wegen eines progressiven Einkommenssteuertarifs mit dem Einkommen absolut wie relativ ansteigt. Wir erhalten dann eine nach oben gekrümmte Stilllegungskurve. Die dargestellten Zusammenhänge ändern sich jedoch hierdurch nicht wesentlich.

Berücksichtigen wir die wirtschaftliche Aktivität des Staates, haben wir eine weitere Korrektur vorzunehmen. Das Gleichgewicht auf den Güter- oder Kapitalmärkten bezieht sich stets auf das Inlandsprodukt zu Marktpreisen (SP). Die Konsumnachfrage hängt jedoch primär vom privatverfügbaren Einkommen (E_{pv}) ab. Das privatverfügbare Einkommen errechnet sich hierbei aus dem Inlandsprodukt zu Marktpreisen, das um die Transferzahlungen des Staates an Unternehmungen und Haushalte (Tr) erhöht und um die direkten und indirekten Steuerzahlungen (T) verringert wird. Es gilt die Gleichung:

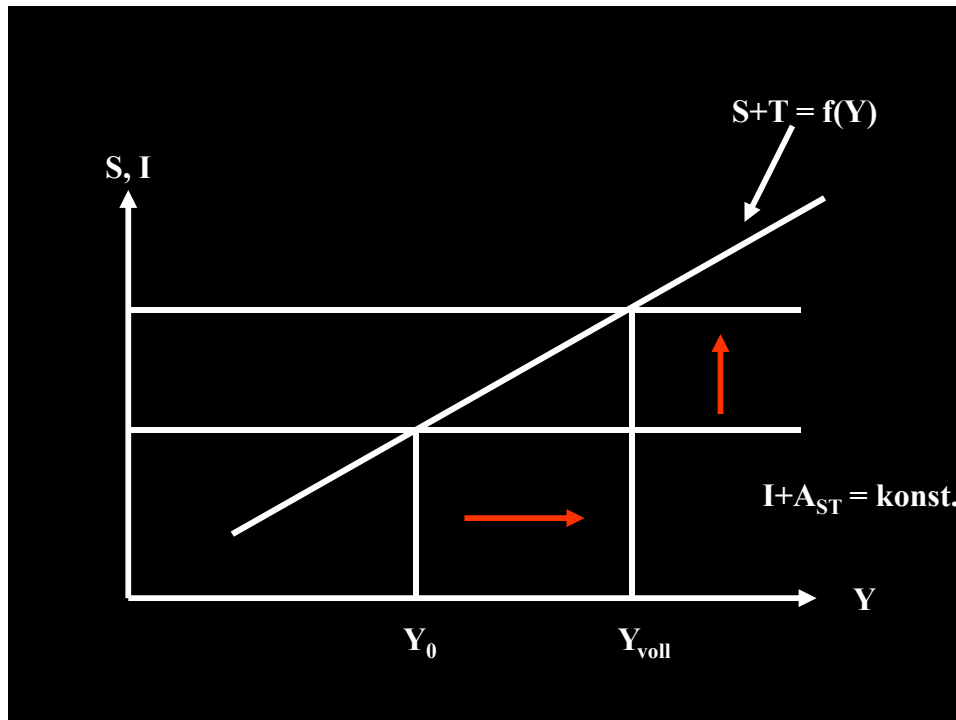
$$E_{pv} = SP + Tr - T$$

Solange wir von der wirtschaftlichen Aktivität des Staates abgesehen haben, waren privat verfügbares Einkommen und Inlandsprodukt identisch. Nun da wir diese Aktivität berücksichtigen, ergibt sich bei Veränderungen des Steuer- und Transfervolumens eine Verschiebung der Konsumfunktion in einem Diagramm, in welchem nach wie vor auf der Abszisse die Höhe des Inlandsproduktes zu Marktpreisen abgetragen wird. Betrachten wir den Fall einer Verringerung der gesamten Steuersumme um dT . Die Stilllegungsfunktion wird einerseits um den Betrag der Steuerreduzierung parallel nach unten verschoben, andererseits bewirkt der Umstand, dass die Differenz zwischen privatverfügbarem Einkommen und Inlandsprodukt zu Marktpreisen um den Betrag der Steuerreduzierung kleiner wird, eine zusätzliche Verschiebung der Stilllegungsfunktion um den Betrag der Steuerreduzierung nach links. Wegen der Reduzierung der Steuer um dT entspricht die Ersparnis einem um dT verringertem Einkommen.



9. Deficit spending, deficit without spending, spending without deficit

Wir können nun angeben, um wie viel der Staat seine Ausgaben anheben muss, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir zeichnen hierzu in unten stehende Graphik die Vollbeschäftigungslinie ein, die angibt, bei welchem (realen) Inlandsprodukt Vollbeschäftigung erreicht wird. Die Staatsausgaben müssen solange erhöht werden und mit ihnen muss die Kurve der gesamten autonomen Ausgaben so lange nach oben verschoben werden, bis die Kurve der autonomen Ausgaben die Stilllegungskurve im Schnittpunkt mit der Vollbeschäftigungslinie schneidet.



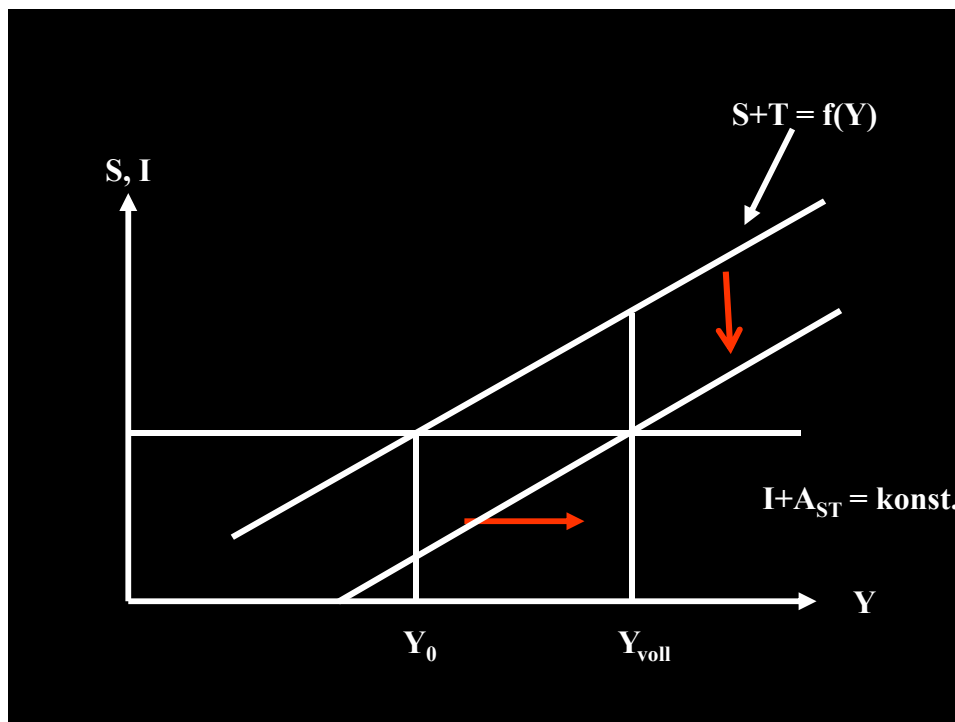
Wir haben bisher stillschweigend unterstellt, dass der Staat nur seine Ausgaben, nicht aber die Steuereinnahmen erhöht. Dies entspricht der Annahme, dass die Staatsausgaben defizitär finanziert werden. Der Staat besorgt sich also die Gelder zur Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben entweder durch Aufnahme von Bankkrediten (was in der BRD grundsätzlich nicht erlaubt ist) oder durch Ausgabe von festverzinslichen Staatspapieren auf dem normalen Kapitalmarkt.

Bei einer defizitären Finanzierung der Staatsausgaben entspricht der Staatsausgabenmultiplikator im Wesentlichen dem Investitionsmultiplikator:

$$dY = dA_{ST} * (1/st),$$

wobei allerdings an die Stelle der Sparneigung (s) nun die gesamte Stilllegungsquote (Sparneigung + Steuerquote) tritt.

Nun ließe sich der erwünschte Beschäftigungseffekt im Rahmen einer staatlichen Fiskalpolitik auch noch auf andere Weise erreichen. Anstatt dass der Staat seine Ausgaben bei gleichbleibenden Steuereinnahmen erhöht, könnte er zweitens auch die Steuereinnahmen bei gleichbleibenden Staatsausgaben senken. Wir verdeutlichen uns diese Zusammenhänge an folgender Graphik:



Der Steuersenkungsmultiplikator errechnet sich hierbei in absoluten Größen wie folgt:

$$dY = dT * (1/st) - dT$$

Er ist um den Betrag der verringerten Steuereinnahmen geringer als der Staatsausgabenmultiplikator. Diese geringere Wirkung einer Steuersenkungspolitik ergibt sich daraus, dass in der Periode 1, in welcher der Staat fiskalpolitisch aktiv wird, bei einer Staatsausgabenerhöhung (Alternative 1) in der gleichen Periode das Inlandsprodukt um den Betrag des staatlichen Budgetdefizits bereits ansteigt, bei einer Steuersenkung (Alternative 2) hingegen lediglich das privatverfügbare Einkommen zunimmt, aber noch nicht das Inlandsprodukt. Die in den weiteren Perioden induzierten Steigerungen in der Konsumnachfrage sind jedoch bei beiden Alternativen identisch. Der Steuermultiplikator ist somit gerade um die in der ersten Periode erzielte Einkommenssteigerung geringer als der Staatsausgabenmultiplikator.

Beide bisher besprochenen Alternativen einer fiskalpolitischen Beschäftigungspolitik zeichnen sich dadurch aus, dass der Staat sein

Budgetdefizit vergrößert, entweder dadurch, dass er die Staatsausgaben bei konstanten Steuereinnahmen erhöht oder dadurch, dass er die Steuereinnahmen bei gleichbleibenden Staatsausgaben reduziert. Trygve Haavelmo hat darauf aufmerksam gemacht, dass ein gewisser positiver Expansionseffekt von Staatsausgabensteigerungen auch dann ausgeht, wenn die Ausgabensteigerungen über Steuererhöhungen finanziert werden, und zwar steigt das Inlandsprodukt gerade um den Betrag der Staatsausgabenerhöhung (Budgetverlängerung), der Multiplikator hat hier den Wert eins.

Diese positive Einkommenswirkung auch bei einem ausgeglichenen Budget des Staates widerspricht der bisher gängigen Auffassung der traditionellen Finanztheorie, wonach sich ein ausgeglichenes Staatsbudget im Hinblick auf das Inlandsprodukt neutral verhält, da sich die expansiven Wirkungen der Staatsausgaben und die kontraktiven Wirkungen der Steuereinnahmen gegenseitig aufheben.

Erklären lässt sich der positive Haavelmo-Effekt wie folgt. Wir haben gesehen, dass von einer Staatsausgabenerhöhung zweierlei Effekte ausgehen: In der ersten Periode steigt das Inlandsprodukt um den Betrag der Ausgabensteigerung, in den darauf folgenden Perioden kommt es zu einer Reihe induzierter Zuwächse der Konsumnachfrage. Weiterhin haben wir gesehen, dass bei einer Steuerreduzierung das Inlandsprodukt ebenfalls steigt; allerdings ist die Einkommensexpansion um den Betrag der Steuersenkung geringer als bei der Staatsausgabensteigerung.

Eine Verlängerung des Budgets (einer mit Steuern finanzierten Ausgabensteigerung) kann nun verstanden werden als eine Kombination von Ausgaben- und Steuererhöhung. Wir erhalten somit die Einkommenswirkung der Verlängerung des Budgets um den Betrag dA_{ST} dadurch, dass wir von den partiellen positiven Einkommenswirkungen einer Ausgabensteigerung die partiellen negativen Einkommenswirkungen einer Steuererhöhung um denselben Betrag abziehen:

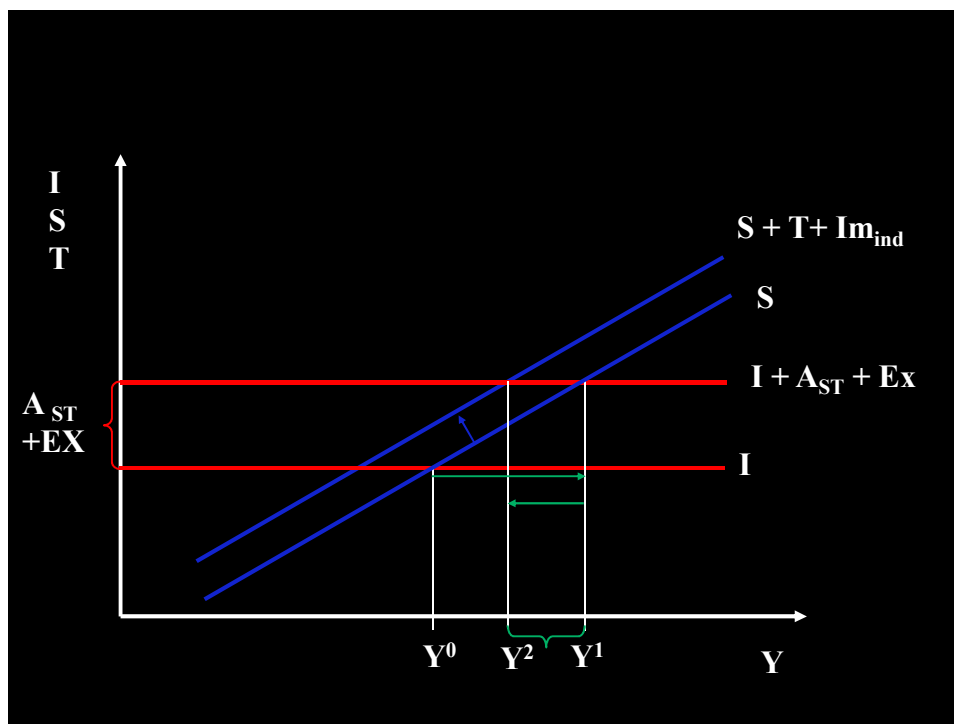
$$dY = dA_{ST} * (1/st) - [dA_{ST} * (1/st) - dA_{ST}] = dA_{ST}$$

10. Die Berücksichtigung der Außenwirtschaft

Wir gingen bei unseren bisherigen Überlegungen von einer geschlossenen, autarken Volkswirtschaft aus. Es gilt nun auch diese einschränkende, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmende Annahme aufzuheben. Eine offene Volkswirtschaft unterscheidet sich von einer ge-

geschlossen dadurch, dass ein Teil des Einkommens für Importgüter ausgegeben wird und dass gleichzeitig ein Teil der Produktion exportiert wird und deshalb nicht als Angebot auf den inländischen Märkten zur Verfügung steht.

Die Importausgaben stellen somit aus der Sicht der inländischen Volkswirtschaft eine Stilllegung genauso wie die Ersparnis oder die Steuereinnahmen dar. Die Exporterlöse sind andererseits genauso von der inländischen Inlandsproduktgröße unabhängig wie die privaten Investitionen und die Staatsausgaben. Die Kurve der Stilllegungen umfasst somit in einer offenen Volkswirtschaft die Ersparnisse, die Steuereinnahmen sowie die Importausgaben, die Kurve der autonomen Nachfrage fasst die privaten Investitionen, die Staatsausgaben sowie die Exporterlöse zusammen. Folgende Graphik zeigt die hierdurch entstehenden Modifikationen an:



Einkommenssteigerungen lassen sich nun nicht nur durch Zuwächse in den Investitions- oder Staatsausgaben, sondern auch durch einen Überschuss der Leistungsbilanz (EX-M) erzielen. Es gilt auch hier ein Multiplikatoreffekt von $dY = d(X-M) * (1/st)$, wobei die Stilllegungsquote (st) nun aus der Summe aus Sparneigung, Steuerquote und Importquote bestimmt wird. Gleiches gilt natürlich auch für die Investitions- und Staatsausgabenmultiplikatoren.

Allerdings gilt es nun zu berücksichtigen, dass der eigene Export ex definitione dem Import des Auslands entspricht. Da der Import des Auslandes vom ausländischen Einkommen abhängt, ist der Export nun nicht mehr autonom, sondern hängt ebenfalls vom Einkommen des Auslandes ab. Hierdurch ergeben sich wechselseitige Verflechtungen des In- und Auslandes.

Unterstellen wir, dass im Inland die Staatsausgaben erhöht werden und dass aus diesen Gründen das inländische Inlandsprodukt ansteigt. Mit wachsendem inländischem Inlandsprodukt werden auch mehr Güter aus dem Ausland importiert. Diese Exportzuwächse des Auslandes führen nun ihrerseits im Ausland zu Einkommenssteigerungen, die sich in einem Anstieg der ausländischen Importausgaben niederschlagen. Damit steigt jedoch der Export der inländischen Wirtschaft mit der Folge, dass das inländische Inlandsprodukt erneut ansteigt.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen wirken sich somit auf die Einkommensmultiplikatoren in zweifacher Weise aus. Auf der einen Seite wird die Wirkung dadurch abgeschwächt, da ein Teil der inländischen Konsumnachfrage auf den Import im Ausland produzierter Güter umgeleitet wird, sodass auch bei gleicher inländischer Konsumneigung weniger inländische Güter nachgefragt werden. Auf der anderen Seite verstärkt sich jedoch die Multiplikatorwirkung, da die vermehrten Importe den Export des Auslandes und damit auch deren Einkommen vergrößern. Steigt jedoch das Einkommen des Auslandes, wird auch ein Teil dieses Einkommenszuwachses zu vermehrten Importen und damit Exporten der inländischen Unternehmer führen. Mit den zusätzlichen Exporten steigt das inländische Einkommen um ein Vielfaches.

Welche dieser gegensätzlichen Kräfte überwiegen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Erstens kommt es auf die Größe des eigenen Landes im Vergleich zu der Größe der Länder an, die mit dem Inland außenwirtschaftliche Beziehungen pflegen. Ist das eigene Land im Vergleich zur gesamten Weltwirtschaft extrem gering, übt es keinen nennenswerten Einfluss auf das Ausland aus und die internationalen Wechselwirkungen können außer Acht gelassen werden. Es verbleibt lediglich die einschränkende Wirkung, dass ein Teil der inländischen Konsumbedürfnisse durch Importe befriedigt wird.

Weiterhin hängt der Nettoeffekt davon ab, in welchem Verhältnis die inländische zur ausländischen Stilllegungsquote und die inländische zur ausländischen Importquote steht. Je geringer die inländische Importquote im Vergleich zur ausländischen ausfällt, umso geringer sind die verringernden und umso größer sind die verstärkenden Effekte. In ähnlicher Weise gilt, dass eine relativ hohe Stilllegungsquote des eigenen Landes zu einer geringen multiplikativen Wirkung führt, während eine relativ niedrige Stilllegungsquote des Auslandes zunächst den Multiplikationseffekt im Ausland verstärkt, damit zu vermehrten Importen des Auslandes und damit schließlich zu vermehrten Exporten des Inlandes führt.

11. Die Inflationslücke

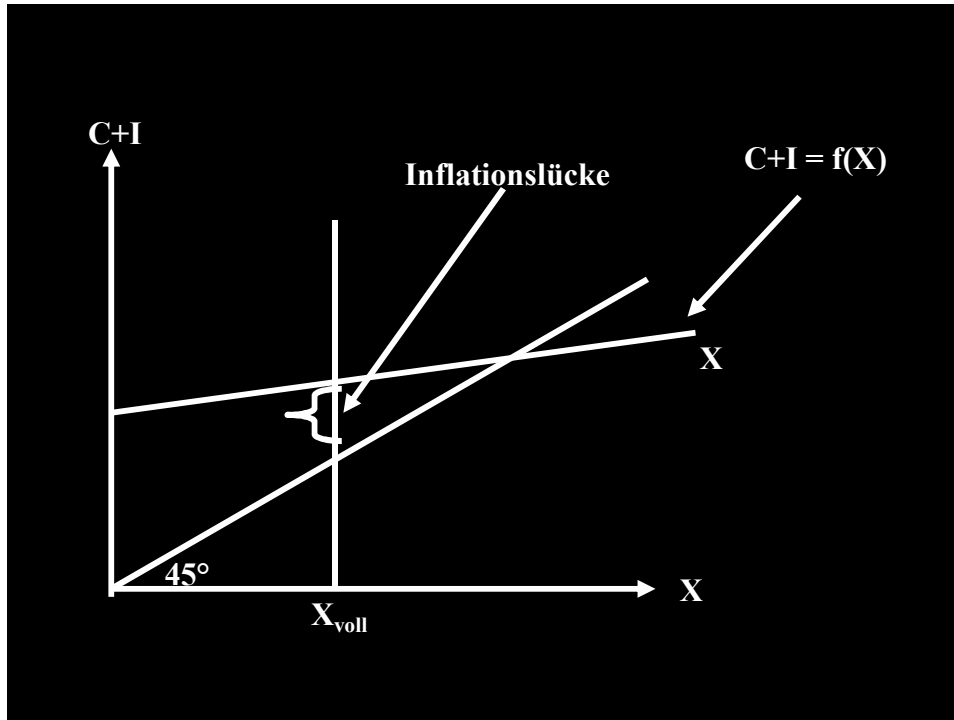
Bei unseren bisherigen Überlegungen hatten wir die Einkommensbewegungen als Indiz für Beschäftigungsschwankungen angesehen. In der Tat war die Keynes'sche Lehre in erster Linie eine Theorie zur Erklärung von Arbeitslosigkeit. Keynes hatte seine Lehren während der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts entwickelt.

Seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts überwogen jedoch für einige Jahrzehnte Erscheinungen der Konjunkturüberhitzung und der Inflation. Es gab deshalb Bemühungen, die Keynes'schen Modelle auch auf das Inflationsproblem zu übertragen. Wir erinnern uns: Der Keynes'sche Beitrag zur Konjunkturtheorie lag vor allem in der Kritik am Sayschen Theorem, wonach ein Mechanismus besteht, der dafür Sorge trägt, dass jedes Angebot auch eine ausreichende Nachfrage auslöst. Keynes bezweifelte, dass der Kapitalmarkt im klassischen Sinne funktioniere, dass nämlich eine automatische Tendenz zu einem Gleichgewicht auf den Kapitalmärkten bestehe. Damit schien nachgewiesen zu sein, dass sich das Gütermarktgleichgewicht unabhängig von der Frage einstellt, ob sich der Arbeitsmarkt im Gleichgewicht befindet.

Damit ist natürlich noch nicht nachgewiesen, dass das Gütermarktgleichgewicht stets bei Unterbeschäftigung realisiert wird. Es muss auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass das Gütermarktgleichgewicht bei einem Inlandsprodukt liegt, das über dem Inlandsprodukt liegt, das Vollbeschäftigung garantiert. Die ursprüngliche Keynesianische Theorie wollte das Entstehen von Arbeitslosigkeit in Depressionszeiten erklären, ging jedoch davon aus, dass Dep-

ressionszeiten von Zeiten der Konjunkturüberhitzung im Rhythmus der Konjunkturschwüngen abgelöst werden.

Betrachten wir hierzu unten stehende Graphik:



Wir messen die relevanten Variablen (Konsum, Investition und Inlandsprodukt) in realen Größen, das Inlandsprodukt, welches der Vollbeschäftigung entspricht, liege diesseits des Gütermarktgleichgewichtes. Da die Güterproduktion nicht über das Niveau, bei dem alle Ressourcen voll ausgelastet sind, angehoben werden kann, übersteigt die Güternachfrage das Angebot. Es besteht eine inflatorische Lücke, die dazu führt, dass der Überschuss der Nachfrage in Güterpreissteigerungen verpufft.

Soweit stimmt die keynesianische Inflationstheorie mit der traditionellen Theorie überein. Anders als in der traditionellen Lehre sind jedoch die Preissteigerungen nicht in der Lage, den Nachfrageüberhang abzubauen. Es besteht keine Tendenz zum Gleichgewicht. Da in der keynesianischen Theorie allein Nachfragefaktoren den Marktprozess bestimmen, wäre eine Gleichgewichtstendenz nur zu erwarten, wenn die Preissteigerungen zu einem Rückgang in der Nachfrage führen würden. Dies ist jedoch hier nicht der Fall. Die Investitionsnachfrage wird autonom festgelegt, die Konsumnachfra-

ge hängt von der Höhe des Einkommens ab, das Einkommen steigt jedoch bei allgemeinen Preissteigerungen automatisch an.

Im Gegensatz zu einer Theorie der Unterbeschäftigung stößt jedoch eine keynesianische Theorie der Inflation auf Schwierigkeiten. Wenn man mit Keynes der Auffassung ist, dass die Unternehmer in Zeiten der Rezession wegen bestehender Überkapazitäten auch bei Zinssenkungen zu keinen neuen Investitionen bereit sind, so besteht die Möglichkeit, dass die vorhandenen Geldmittel in die Spekulationskasse verschwinden. Da man mit Zinssenkungen und damit auch mit Kurssteigerungen rechnet, lohnt es sich, mit der Anlage der flüssigen Mittel zu warten.

Wenn aber nun in Zeiten der Konjunkturüberhitzung die Preise permanent steigen und die Notenbanken nicht bereit sind, den hierdurch entstehenden Mehrbedarf an Geld durch Ausweitung der Geldmenge unbegrenzt zu honorieren, dann könnte der wegen der Inflation permanent steigende Mehrbedarf an Geld nur dann befriedigt werden, wenn unbegrenzte Mengen an Geld in den Spekulationskassen lägen. Irgendwann einmal sind jedoch die Spekulationskassen geräumt und es mangelt an Geld, um das Weiterbestehen des Inflationsprozesses zu finanzieren. In Wirklichkeit gibt es also hier sehr wohl einen Mechanismus, der auf Reduzierung der Nachfrageüberhänge auf den Gütermärkten drängt.

12. Die These der säkularen Stagnation (Alvin Hansen)

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass die keynesianische Theorie in erster Linie davon ausging, Arbeitslosigkeit sei ein konjunkturelles und damit vorübergehendes Problem; Zeiten der Depression würden schließlich wieder von Zeiten des Aufschwungs abgelöst. Es gab jedoch im Rahmen der keynesianischen Bewegung auch Ansätze zu einer Theorie der säkularen Stagnation. Alvin Hansen war der Überzeugung, dass die Industriegesellschaften vor der Gefahr einer langfristigen Stagnation mit andauernder Arbeitslosigkeit stünden. Damit nahm Alvin Hansen Überlegungen auf, die bereits in der klassischen Lehre im Zusammenhang mit der These von der Unterkonsumtion verbreitet waren.

Im Gegensatz zur klassischen Theorie (Malthus), die jedoch die Stagnationstendenzen auf ein zu starkes Bevölkerungswachstum zurückführte, ging Alvin Hansen von der Vorstellung aus, dass die modernen Industriegesellschaften von einer Bevölkerungsstagnation

geprägt seien. Auf der einen Seite sei durch Entwicklung der modernen Sozialversicherungs- und Versorgungssysteme der Zwang entfallen, der in der vorindustriellen Gesellschaft darin bestand, zur Absicherung im Alter möglichst viele Kinder in die Welt zu setzen. Auf der anderen Seite habe die Entwicklung von Verhütungsmitteln auch die Möglichkeit geschaffen, ohne Enthaltbarkeit weniger Kinder zu gebären.

Dieser Rückgang in der Geburtenrate habe nun zu einem drastischen Rückgang im Investitionsvolumen geführt. Solange die Geburtenrate hoch gewesen sei, sei der Bedarf an neuen Wohnungen und Arbeitsplätzen hoch gewesen, in beiden Fällen seien hohe Investitionen zur Sicherstellung dieser Nachfrage notwendig gewesen. Dieser Investitionsbedarf sei entfallen, als die Bevölkerung stagnierte und deshalb weder neue Wohnungen noch Arbeitsplätze geschaffen werden mussten. Die Nachfrage nach Investitionen sei somit gesunken, während gleichzeitig aufgrund des Produktivitätswachstums die Sparrate und das Sparvolumen angestiegen seien. Die Folge sei ein permanentes Überangebot auf den Kapitalmärkten, mit den in der Keynes'schen Theorie beschriebenen Folgen für den Arbeitsmarkt. Der Staat könne dieser Tendenz nur durch ein permanentes Defizit im Staatsbudget gegensteuern.

Diese Theorie muss sich entgegenhalten lassen, dass die Bevölkerungsstagnation in den Industrienationen nicht zwangsläufig ist. Wie das Beispiel der USA zeigt, kann gerade in Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Wohlstandsniveau wiederum mit einem Anstieg in der Wachstumsrate der Bevölkerung gerechnet werden. Das Beispiel Frankreich zeigt andererseits, dass über bevölkerungspolitische Maßnahmen ebenfalls eine Korrektur in der Bevölkerungsentwicklung eingeleitet werden kann. Es ist auch falsch zu meinen, dass lediglich die Schaffung zusätzlicher Wohnungen und zusätzlicher Arbeitsplätze ausreichenden Investitionsbedarf auslöst. Hoher und ausreichender Investitionsbedarf kann auch dadurch zustande kommen, dass die Qualität der Wohnungen und Arbeitsplätze verbessert wird. Vor allem im Zusammenhang mit Umweltproblemen dürfte in Zukunft ein enormer Investitionsbedarf ausgelöst werden.

Fortsetzung folgt!